

Antrag Nr. 0015/2007/AN
Antragsteller: SPD-Fraktion
Antragsdatum: 12.02.2007

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

**Neue Jobs in der Wohnungswirtschaft -
Gründung eines Projekts**

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 27. Juni 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Beratungsergebnis	Handzeichen
Gemeinderat	01.03.2007	Ö		
Sozialausschuss	10.05.2007	N		
Haupt- und Finanzausschuss	23.05.2007	N		
Gemeinderat	21.06.2007	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 01.03.2007

Ergebnis: verwiesen in die Ausschüsse

Sitzung des Sozialausschusses vom 10.05.2007

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 23.05.2007

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 21.06.2007

Ergebnis: Antrag wurde behandelt



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg

Oberbürgermeister
der Stadt Heidelberg
Herrn Dr. Eckart Würzner
- Rathaus -

69117 Heidelberg

Werner Brants
Karl Emer
Thomas Krczal
Reiner Nimis
Margrit Nissen
Roger Schladitz
Dr. Anke Schuster
Lore Vogel
Dr. Karin Werner-Jensen

Bergheimer Str. 88
69115 Heidelberg
Telefon 06221-166767
Telefax 06221-619808
e-mail:
SPD-Fraktion-heidelberg@t-online.de
www.spd-fraktion-heidelberg.de

Datum:

08.02.2007

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen wir gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Neue Jobs in der Wohnungswirtschaft – Gründung eines Projekts

- Bericht der Verwaltung
- Diskussion und Aussprache

Begründung:

Das Projekt „Neue Jobs in der Wohnungswirtschaft“ gehört zu den über 60 Regionalpakten, die Bestandteil der „Initiative 50 plus“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sind. Ein wesentliches Ziel der Bundesinitiative ist es, die Kompetenzen der Älteren zu nutzen. In Deutschland haben nur knapp 40 Prozent der über 55 Jährigen einen Arbeitsplatz. Die Personalpolitik der Wirtschaft und Industrie der vergangenen Jahre und der demographische Wandel machen einen Umdenkungsprozess notwendig.

Wir bitten zu prüfen, ob wie in anderen Städten (Bsp. Mannheim) so genannte Wohnbetreuer für Wohnanlagen der GGH eingestellt werden können. Ihre Aufgabe könnte es beispielsweise sein, für die Mieterinnen und Mieter Einkäufe zu erledigen, Botengänge zu machen oder dabei zu helfen Mobiliar auf- oder abzubauen. Das Projekt könnte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Durch die angebotenen Dienstleistungen verbessert sich einerseits die Wohn- und damit auch Lebensqualität. Insbesondere Ältere können länger in ihren Wohnungen bleiben. Auf der anderen Seite werden über 55 Jährige wieder in Arbeit gebracht.

Die notwendigen Unterschriften sind als Anlage beigefügt.

gez. SPD-Fraktion